

Parteinah? Parteifern?

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung feiert ihren 20. Geburtstag. Das Verständnis für eine unabhängige linke Stiftung wächst – sagt der Direktor ihres Auslandsbereichs, Wilfried Telkämper.

Seite 2

Recht auf politischen Streik

Widerstand gegen Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensbedingungen ist das »gute Recht« der Beschäftigten, schreibt ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske im Gastkommentar für ND.

Seite 15

Nein zu Krieg und NATO

Am 19. und 20. November wird die NATO auf dem Lissabon-Gipfel ihre neue Strategie beschließen. Friedenskräfte sagen aus diesem Anlass: NATO, nein danke!

Informationsblatt »Enrüstet euch!«

Standpunkt

Export-Irrweg

Von Kurt Stenger

Es ist noch gar nicht so lange her, da lief die Weltkonjunktur auf immer gleiche Weise: Die US-Bürger kauften auf Pump Unmengen an Waren aus Deutschland, Japan und zuletzt auch aus China. Die Defizite der USA wurden durch Kredite der Überschussländer gedeckt. Die Folge waren aber gewaltige monetäre Ungleichgewichte, die mit zur Weltfinanzkrise beitrugen.

Es ist eigentlich offensichtlich, dass es so nicht weitergehen kann. Alle streben nach Exportüberschüssen – doch die Gewinne des einen sind die Verluste des anderen. Leider passiert auf G20-Ebene nicht viel. Die Überschussländer, dort in der Mehrzahl, verweigern sich der Veränderung. Und die ehemalige Wirtschaftssupermacht USA entpuppt sich in dieser Frage als zahloser Tiger. Die jüngste einseitige Verzweigungstaktik der US-Notenbank hat eine Annäherung nicht gerade befördert.

Die Forderung Washingtons nach kurzfristiger Begrenzung der Überschüsse ist da vernünftig, aber derzeit chancenlos. Und langfristig kommt man um strukturelle Veränderungen nicht herum: Die USA mit ihrem aufgeblähten Immobilien- und Bankensektor exportieren heute Schrott nach China und importieren von dort Hightech.

Es geht um einen echten Neuanfang, der einen stabilen globalen Währungsrahmen bräuhete: Der Dollar verabschiedet sich als Weltgeld, die Finanzmärkte werden an die Kette genommen, Devisenüberschüsse international abgeschöpft und umgeleitet – in Armutsbekämpfung und Klimaschutz.

Unten links

Der deutsche Buchstabe **B** darf künftig in E-Mail- und Internetadressen verwendet werden. Was als harmloses Zugeständnis an Gegner der Rechtschreibreform aufgefasst werden könnte, ist in Wirklichkeit die dritte und letzte Stufe eines weitpolitisch weitreichenden konspirativen Konzepts. Zunächst hatten die Bundesregierungen Deutschlands und Österreichs eine PR-Agentur mit der heimlichen Verbreitung der Tatsache betraut, dass die Großschreibung in Online-Adressfeldern möglich ist. Schritt 2 bestand in der stillen Legalisierung der Umlaute ä, ö und ü. Mit der Einführung des **B** steht das separatistische Projekt nun, von internationalen Geheimdiensten unbemerkt, kurz vor seinem Abschluss. Wenn die **B**-Domains am 16. 11. freigeschaltet werden, entsteht gleichzeitig eine Hochsicherheitsenklave im World Wide Web (WWW): das DÖN (Deutsch-Österreichisches Netz). Nur auf den Tastaturen dieser beiden Länder findet sich der Buchstabe. Schluß mit Globalisierung! mha

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Zugvögel nach Indien und Pakistan

Bundesregierung besorgt das Geschäft deutscher Rüstungskonzerne in Spannungsgebieten



Von René Heilig

Die Bundeswehr wird seit Jahren kleiner, ihr Bedarf an Großwaffensystemen sinkt. Dennoch verfallen die deutschen Rüstungskonzerne in keinen Jammergesang, denn: 70 Prozent der Kriegsprodukte gehen inzwischen ins Ausland – mit Hilfe der Bundesregierung auch illegal in Spannungsgebiete wie Indien und Pakistan.

Vor dem G20-Gipfel hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den deutschen Exportüberschuss verteidigt. »Unsere Exporterfolge belegen, wie wettbewerbsfähig deutsche Produkte sind.« Das gilt für Rüstungsgüter in besonderer Weise. Die Hersteller wachsen – entgegen den bestellten Warnrufen von Betriebsräten. Noch vor zehn Jahren war man vor allem auf Bundeswehr-Aufträge angewiesen, jetzt bleiben nur knapp 30 Prozent in Deutschland. Das Stockholmer SIPRI-Institut stellte fest, dass Deutschland den Wert seiner Rüstungsexporte

zwischen 2005 und 2009 im Vergleich zum Zeitraum 2000 bis 2004 verdoppeln konnte. Mit jährlich rund 2,5 Milliarden Euro hat Deutschland einen Weltmarktanteil von elf Prozent und ist nach den USA und Russland die Nummer 3 unter den Todesverkäufern.

Ende September war Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) zu einem offiziellen Besuch in Indien. Er wurde begleitet von Vertretern der Rüstungsunternehmen ThyssenKrupp Marine System AG, der Westwälder Eisenwerk GmbH, von Krauss-Maffei Wegmann, Grob Aircraft, Atlas Elektronik, Carl Zeiss Optronics, der EADS-Rüstungssparte Cassidian sowie von Diehl. Auch als Außenminister Guido Westerwelle (FDP) Mitte Oktober in Indien war, hatte er einen EADS-Rüstungsvertreter »im Gepäck«.

Obwohl die geltenden Rüstungsexportrichtlinien die Ausfuhr von Kriegsgerät in Spannungsgebiete generell verbietet, behält sich die

schwarz-gelbe Bundesregierung »eine Einzelfallprüfung unter Einbezug von wirtschaftlichen und politischen Aspekten in den Empfängerländern bei der Genehmigung von Rüstungsgütern vor«, heißt es in einer aktuellen Antwort der Regierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion. Dabei kann – auch nach bisherigen Auskünften der Bundesregierung – kein Zweifel daran bestehen, dass zwischen den beiden Atommächten Indien und Pakistan Spannungen entstehen. Und das in einer Region, die durch den Afghanistan-Krieg zum Pulverfass geworden ist. Die »Flankierung der Exportvorhaben erfolgt im Rahmen von Treffen mit hochrangigen Regierungsvertretern. Auf Anfrage der Industrie wird diese in Bereichen unterstützt, in denen eine regierungsseitige Mitwirkung erforderlich ist.« Bei seinen Gesprächen in Indien habe auch Brüderle »auf Rüstungsexportvorhaben der deutschen Industrie aufmerksam« gemacht. Un-

ter anderem versucht die Regierung den Verkauf von Eurofightern nach Indien zu unterstützen. Dazu hat die Luftwaffe im vergangenen Jahr mehrere Kampfflitzer zur Luftfahrtmesse AirIndia überführt. Der Werbeflug dauerte dem Bericht zufolge 96 Stunden und kostete 7,1 Millionen Euro.

Parallel zum Brüderle-Besuch in Indien hat das deutsche Verteidigungsministerium einen Vertreter samt Industrie-Anhang nach Pakistan geschickt, »um mögliche Unterstützungsleistungen bei der Qualitätssicherung des Vorhabens U-Boote U214 zu sondieren«. Die Reisekosten habe die »Industrie übernommen«.

2009 genehmigte die Regierung in Richtung Indien 291 Rüstungsexportanfragen im Gesamtwert von 67,9 Millionen Euro. Nach Pakistan gingen 2009 Kriegswaffen für 45,5 Millionen Euro. Seit 2007 sicherte der Bund 18 genehmigungspflichtige Dual-Use-Exporte mit Hermes-Kredit ab. Foto: Heilig

G20-Gipfel übt sich in Einigkeit

Industrie- und Schwellenländer wollen in Währungsfragen künftig enger zusammenarbeiten

In Seoul hat am Donnerstag der G20-Gipfel begonnen. Den Teilnehmern ging es zunächst darum, in den strittigen Währungsfragen die Wogen zu glätten.

Seoul (ND-Kestenholz/dpa). Die Staats- und Regierungschefs der 20 führenden Industrienationen und Schwellenländer haben sich zum Auftakt ihres Treffens in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul bemüht, Einigkeit zu demonstrieren. Noch im Vorfeld des fünften G20-Gipfels hatte es heftigen Streit über Währungsfragen und Handelsbilanzen gegeben.

In der Sache gab es zunächst kaum Bewegung. Bei einem rund 80-minütigen Treffen von US-Präsident Barack Obama mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao, bei dem es auch um die UN-Sanktionen gegen Iran ging, wurde fast ausschließlich über Wechselkurse gesprochen. Obama erneuerte die US-Forderung, China solle eine

zügigere Aufwertung seiner Währung Yuan erlauben, um die Ungleichgewichte im bilateralen Handel zu verringern. Peking warnt aber, dass ein zu rascher Anstieg soziale und wirtschaftliche »Störungen« auslösen würde. Chinas Führung wirft ihrerseits den USA vor, mit einer zu lockeren Geldpolitik den Dollarkurs drücken zu wollen. Bei ihrem Treffen vereinbarten Obama und Hu, in Zukunft die Zusammenarbeit zu verstärken. Chinas Staatschef erklärte, er hoffe trotz allen Streits auf ein »positives Ergebnis«.

Auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso äußerte am Rande des Gipfels die Hoffnung, dass zu strittigen Fragen angemessene Kompromisse gefunden werden. Jedoch verwies der südkoreanische G20-Sprecher Kim Yoon Kyung auf bestehende Meinungsverschiedenheiten im Umgang mit steigenden Handelsungleichgewichten. Unterhändler rechneten

mit einer Nachtsitzung, um die Abschlusserklärung fertigzustellen.

US-Finanzminister Timothy Geithner hatte vor dem Gipfel vorgeschlagen, Exportwirtschaften wie Deutschland und China sollten sich darauf verpflichten, ihre Handelsüberschüsse auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. Dem erteilte unter anderem die deutsche Regierung eine deutliche Absage. Obama und Kanzlerin Angela Merkel räumten nach Angaben aus Regierungskreisen bei einem Vieraugengespräch ein, dass es nicht gut sei, über die Medien Angriffe zu führen. Aus US-Delegationskreisen verlautete jetzt, dass man sich mit gesichtswahrenden, unverbindlichen »Leitlinien« zufrieden geben könnte. Offenbar wird der Gipfel sich zudem darauf einigen, dass die Waren- und Kapitalströme künftig besser beobachtet werden, um rechtzeitig übermäßige Überschüsse und Defizite zu vermeiden.

Eine stärkere globale Koordination der Wirtschaftspolitik dürfte im Abschlussdokument lediglich als Wunschdenken verankert werden. Konkrete Ergebnisse sind vom Seoul-Gipfel dagegen bei verschärften Risikoverschriften für Banken, Hedgefonds und größere Finanzinstitute zu erwarten.

In der Innenstadt von Seoul demonstrierten am Donnerstag erneut bis zu 10 000 Globalisierungskritiker, die aber nicht bis zum Nationalmuseum durchkamen, wo die Staatsgäste zu einem Arbeitsdinner zusammengetroffen waren. Studenten, Mitglieder von rund 80 nicht-staatlichen Organisationen und Gewerkschafter forderten Jobsicherheit, eine faire Verteilung des Wohlstands sowie die Rücknahme eines geplanten Freihandelsabkommens zwischen USA und Südkorea. Als eine Frau sich mittels Farbverdünner selbst anzuzünden versuchte, schritten Sicherheitskräfte ein. Seite 16

Hilfe in Kundus zu gering

LINKE kritisiert Entschädigungspraxis

Berlin (ND). Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg mache die Opfer von Kundus und die Hinterbliebenen zu Empfängern von Almosen. So kommentierte Christine Buchholz, friedenspolitische Sprecherin der LINKE-Bundestagsfraktion, die Antwort der Bundesregierung vom Mittwoch auf eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion. Dieses Verhalten sei unwürdig.

Vor allem Anzahl und Höhe der Zahlungen stehen in der Kritik der LINKEN: 5000 Dollar pro Familie und nicht je getöteten Menschen seien unangemessen niedrig, da viele Familien mehrere Tote zu beklagen haben. Und habe die Regierung früher noch 33 000 Dollar für getötete Zivilisten gezahlt, sei der Betrag jetzt »landestypischen Maßstäben« angepasst worden.

Außerdem gebe die Bundesregierung zu, moniert die LINKE, dass Witwen keine Hilfe bekommen haben, weil sie ihre Ansprüche dem Familienoberhaupt übertragen. Das widerspreche aber den Aussagen der Kundus-Provinzrätin Habibe Erfan, dass viele Witwen von den Zahlungen nichts wussten.

Dass die Zahlungen offiziell nicht als »Entschädigungen«, sondern als »humanitäre Hilfe« bezeichnet werden, um Rechtsstreitigkeiten zu verhindern, wird von der Opposition schon lange kritisiert. Die Rechtsanwälte der Hinterbliebenen und Verletzten haben bereits Klage erhoben oder angekündigt.

Kurz

Wiedergeburtstfeier

Warschau (dpa/ND). Polen hat die Wiedergeburt seiner Unabhängigkeit am Ende des Ersten Weltkrieges vor 92 Jahren gefeiert. Präsident Bronislaw Komorowski rief beim Festakt in Warschau seine Landsleute am Donnerstag zur »nationalen Aussöhnung« auf.

Arafat-Museum

Ramallah (AFP). Die palästinensische Autonomiebehörde will 1,5 Millionen Dollar für ein Yasser-Arafat-Museum bereitstellen. Das entschied die Autonomiebehörde in Ramallah im Westjordanland am Mittwoch anlässlich des sechsten Todestags Arafats..

Polio in Kongo

Brazzaville (dpa). In Kongo (Brazzaville) sind seit der vergangenen Woche fast 100 Menschen an den Folgen von Polio (Kinderlähmung) gestorben. Dies berichtete das UN-Kinderhilfswerk UNICEF am Donnerstag.

Giftige Bilanz

Wiesbaden (dpa). Mehr als sieben Millionen Liter wassergefährdender Stoffe, vor allem aus der Landwirtschaft, sind 2009 in Deutschland bei Unfällen in die Umwelt gelangt. Diese Menge entspreche etwa dem Inhalt von 280 Tanklastzügen, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Donnerstag.